

# **Philologenverband Baden-Württemberg e.V.**

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien

## **PRESSEMITTEILUNG**

22. Oktober 2010

**Philologenverband Baden-Württemberg zum bildungspolitischen Grundsatzpapier der unionsgeführten Länder Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen:**

## **Verlässlichkeit muss höchste Priorität bei bildungspolitischen Entscheidungen haben!**

**Philologenverband Baden-Württemberg begrüßt die Ablehnung der Einheitsschule und Ablehnung einer Kommunalisierung der Bildung**

"Es war längst überfällig, dass sich die drei bundesrepublikanischen Sieger von PISA endlich einmal zu ihrer erfolgreichen Bildungspolitik äußern. Den Verfechtern längeren gemeinsamen Lernens und Einheitsschulfantasten sei ins Stammbuch geschrieben, dass bundesweit stets Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen an der Spitze stehen, Länder, die in einem differenzierten Schulsystem die bestmögliche Förderung aller unterschiedlichen Begabungen gewährleisten", so der Landesvorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg (PhV BW), Bernd Saur, zum heute (22.10.2012) von Baden-Württembergs Kultusministerin Marion Schick und ihren beiden Amtskollegen, Ludwig Spaenle (Bayern) und Roland Wöllner (Sachsen), in Berlin vorgestellten gemeinsamen bildungspolitischen Grundsatzpapier.

Zentrales Element einer erfolgreichen Bildungspolitik ist nach Auffassung des Philologenverbandes Baden-Württemberg neben dem nach Schularten gegliederten und differenzierten Schulsystem auch eine Verlässlichkeit, die garantiert, dass nicht ständig bewährte Schulstrukturen in Misskredit gebracht werden. Verbandschef Saur: "Die Erfolge baden-württembergischer Schulpolitik lassen sich zum Beispiel daran ablesen, dass dieses Bundesland europaweit die höchste Zahl an Schülern mit einem erfolgreichen Schulabschluss aufweist und auch das baden-württembergische Abitur, welches ab Klasse 5 startet, bundesweit ein sehr hohes Ansehen genießt, da trotz steigender Übergangsquoten in den vergangenen Jahren das Niveau des Abiturs gehalten werden konnte."

Tendenzen zur Kommunalisierung der Bildung erklärte Bernd Saur eine ganz klare Absage: "Die Verlässlichkeit in die Qualität eines Bildungssystems beinhaltet auch eine Verlässlichkeit hinsichtlich der unterschiedlichen Bildungsangebote, die nicht in das Belieben einzelner Kommunen gestellt werden dürfen. Eine Kommunalisierung der Bildung würde innerhalb eines Bundeslandes unüberwindliche Hürden aufbauen, was in Zeiten steigender beruflicher Mobilität nur Nachteile für die Familien der betroffenen Schülerinnen und Schüler mit sich bringen würde.

Der Philologenverband Baden-Württemberg wendet sich mit Nachdruck und unter Berufung auf verschiedenste wissenschaftliche Forschungsergebnisse gegen jedweden Versuch, die gegliederte Schulstruktur in Baden-Württemberg zugunsten einer Einheits- bzw. Gemeinschaftsschule - welcher Prägung auch immer - zu verändern. Saur: "Dazu gibt es aus unserer Sicht keinerlei Veranlassung. Im Gegenteil!"

Die Verlängerung der Grundschulzeit oder gar die Etablierung einer zehnjährigen Gemeinschaftsschule wäre nach Auffassung des Verbandes für alle Landeskinder im Sinne einer Missachtung von Artikel 11 der Landesverfassung von Nachteil.

"Individuelle begabungsgerechte Förderung kann am besten in einem gegliederten Schulsystem realisiert werden. Wir halten die proklamierte größtmögliche Heterogenität von Lerngruppen - alle in einem Klassenverbund für zehn Jahre - für einen weltfremden Mythos und ein ideologisch motiviertes Wunschdenken, das sowohl konkreten Erfahrungen als auch wissenschaftlichen Untersuchungen diametral entgegensteht. Wir wollen nicht in die Zeit des 19. Jahrhunderts zurückfallen, wo auf dem Weg von Hamburg nach München Dutzende von Schlagbäumen überwunden werden mussten!", so der PhV-Landesvorsitzende Saur abschließend.